

Schwarzwälder Tageszeitung

Begründet
1877

„Aus den Tannen“

Fernsprecher
Nr. 11

Amtsblatt für den Bezirk Nagold und für Altensteig-Stadt. Allgemeiner Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw und Freudenstadt.

Bezugspreis: Wöchentlich 40 Goldpfennige. Die Einzelnummer kostet 10 Goldpfennige. Bei Nicht-Entsendung der Zeitung im Falle der Besetzung oder Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Befreiung. Anzeigenpreis: Die einspaltige Zeile oder deren Raum 12 Goldpfennige, die Reklamerzeile 25 Goldpfennige. Zahlbar innerhalb 8 Tagen. — Für telephonisch erteilte Aufträge übernehmen wir keine Gewähr.

Nr. 5

Altensteig, Donnerstag den 8. Januar.

Jahrgang 1923

Die Antwort Deutschlands an die Alliierten.

Berlin, 7. Jan. Die deutsche Antwort auf die Note der Alliierten zur Räumungs- und Entwaffnungsfrage sagt unter anderem:

Die übergebene Note betreffend Räumung der nördlichen Rheinlandzone bestätigt die Befürchtungen, welche die deutsche Regierung schon nach den ihr in letzter Zeit zugegangenen Nachrichten hegen mußte. Trotz der von ihr insgesamten erhobenen dringenden Vorstellungen entschlossen die alliierten Regierungen sich, die nördliche Rheinlandzone am 10. Januar nicht zu räumen. Die deutsche Regierung sieht sich dadurch vor die Tatsache gestellt, daß die alliierten Regierungen den Termin nicht innehalten wollen. Die für lange Jahre vorgezeichnete Befreiung großer deutscher Gebiete durch fremde Truppen ist eine der härtesten Bestimmungen des Versailler Vertrages. In den letzten Jahrhunderten der Geschichte wird kaum eine Parallele zu der militärischen Befreiung von solchem Umfange und solcher Dauer zu finden sein. Maßnahmen dieser Art haben niemals die friedliche Zusammenarbeit der Völker gefördert. Wenn die alliierten die Befreiung jetzt noch über die vertragmäßige Dauer hinaus verlängern wollen, so können sie über die Bedeutung dieses Schrittes und den Ernst der dadurch geschaffenen Lage nicht im Zweifel sein. Sie haben damit dem Empfinden des deutschen Volkes einen harten Schlag versetzt und seine Hoffnung, jetzt endlich an eine Konsolidierung seiner Verhältnisse und an eine Zusammenarbeit mit den anderen Völkern heranzugehen zu können, schwer erschüttert. Die alliierten Regierungen berufen sich zur Begründung ihres Vorgehens auf deutsche Verfehlungen in der Entwaffnungsfrage, beschränken sich indes einseitig darauf, diese Verfehlungen allgemein anzudeuten. Die abschließende Mitteilung dieser Tatsachen dürfte umso mehr erwartet werden, als die Beurteilung dieses Sachverhalts selbstverständlich nicht etwa von dem einseitigen beliebigen Ermessen der alliierten Regierungen abhängt. Durch ihr Vorgehen nehmen die alliierten Regierungen der deutschen Regierung die Möglichkeit, zu den Vorwürfen schon jetzt im einzelnen Stellung zu nehmen. Sie muß daher verlangen, daß die angeforderte weitere Mitteilung aufs äußerste beschleunigt wird. Sie wird alsdann nicht zögern, über die von den alliierten Regierungen beanstandeten Punkte Aufklärung zu geben. Ebenso ist sie bereit, in solchen Fragen, in denen noch grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten zwischen den deutschen Behörden und den alliierten Kontrollorganen bestehen, das Ihrige zu tun, um alsbald zu dem notwendigen praktischen Ergebnis zu kommen. Schon jetzt muß die deutsche Regierung aber feststellen, daß der Versuch, eine Verzögerung der Räumung der nördlichen Rheinlandzone mit dem Stande der deutschen Abrüstungen zu begründen, von vornherein als verfehlt anzusehen ist.

Es ist richtig, daß der Art. 429 des Versailler Vertrags, die Räumung des besetzten Gebiets zu den dort vorgesehenen Terminen von der getreulichsten Erfüllung der deutschen Vertragsverpflichtungen abhängig macht.

Bei objektiver Auslegung dieses Artikels könnte aber von den alliierten Regierungen das Recht zu einer Hin- und Herbewegung der Räumung nur dann in Anspruch genommen werden, wenn deutsche Verfehlungen vorlägen, deren Bedeutung der außerordentlichen Härte der Verlängerung der Befreiung entspricht. Für die lokale Handhabung internationaler Verträge ist es ein elementares Gebot, daß zwischen der Nichterfüllung einzelner Vertragspunkte und der daraus zu ziehenden Folgerung ein offenes Mißverhältnis besteht. Von der Erfüllung dieser Voraussetzungen kann im vorliegenden Fall unter keinen Umständen die Rede sein. Deutschland ist auf Grund der Vertragsbestimmungen in einem Maße entwaffnet, daß es in der europäischen Politik einen militärischen Faktor überhaupt nicht mehr darstellt. Angesichts dieser unweifelhaftesten Tatsache kann aus Einzelheiten der Entwaffnungsfrage unmöglich eine Befugnis zu einer Vergeltungsmaßnahme gegen Deutschland hergeleitet werden, wie sie von den alliierten Regierungen jetzt angekündigt worden sind. Die deutsche Regierung legt daher gegen das Vorgehen der alliierten Regierungen entschiedene Verwahrung ein. Wenn man zu einer gerechten Beurteilung der gesamten gegenwärtigen Situation gelangen will, darf das eine nicht außer acht gelassen werden: Bei einem Ver-

trage, der wie der Versailler Vertrag nicht auf dem Verhandlungswege zustande gekommen ist und der dem einen Teil auf allen Gebieten ungeheure Lasten auferlegt, ist es kaum anders denkbar, als daß bei der Durchführung schließlich Streitpunkte entstehen. Daraus kann gegen den belastenden Teil keineswegs ohne weiteres der Vorwurf mangelnder Vertragstreue hergeleitet werden. Eine sachgemäße Vereinigung solcher Streitpunkte ist nur auf dem Wege gegenseitiger Verständigung herbeizuführen. Deutschland hat durch die gewaltigen Leistungen, die es auf Grund des Versailler Vertrags, insbesondere auch auf Grund der Entwaffnungsbestimmungen bewirkte, seinerseits die Voraussetzung für eine Politik friedlicher Verständigung geschaffen. Die Entwicklung der Dinge im vergangenen Jahre, namentlich der Verlauf und das Ergebnis der Londoner Konferenz, zeigte, daß eine solche Politik durchaus im Bereiche der realen Möglichkeiten liegt. Nur wenn die alliierten Regierungen sich bei der weiteren Behandlung sowohl der Räumungsfrage, als auch der Entwaffnungsfrage, von den gemeinsamen Interessen der europäischen Länder und der Fortführung dieser Politik leiten lassen, ist es möglich, zu der unbedingt gebotenen schnellen Regelung des durch das Vorgehen der alliierten Regierungen geschaffenen Konfliktes zu gelangen.

Der Jubel in Frankreich über die Note der Alliierten.

Paris, 7. Jan. Mit der Note der Alliierten sind die Pariser Blätter begeistertenweise sehr zufrieden, vor allem deshalb, weil sie aus den Worten „wenn man sie nur auf den Teil 5 des Vertrages bezieht“, den Schluß ziehen, daß in der zweiten Note, die Deutschland wegen der Räumung der Kölner Zone übergeben werden soll, möglicherweise auch noch Verfehlungen gegenüber anderen Teilen des Versailler Vertrages herangezogen werden könnten, so daß man neue und vielleicht auch gewichtigere Vorwände haben könnte, um diese Befreiung fortbauern zu lassen. Wenn es nach den Pariser Zeitungen ginge, würde man sich also nicht nur auf die militärischen Bestimmungen des Versailler Vertrags beschränken, sondern man würde erklären, daß gar kein Teil des Vertrags erfüllt wurde. Das „Journal“ möchte sogar, daß die Frage der Bestrafung der Schuldigen, die niemals erfolgte, dazu diene, um die Fortdauer der Befreiung zu rechtfertigen. Außerdem aber erklärt dieses Blatt, daß man erst nach drei Jahren wissen könnte, ob der Dawesplan durchgeführt würde, und selbstverständlich möchte es diesen Hinweis dazu benutzen, um es ausdrücklich zu sagen, daß die Befreiung der Kölner Zone um wenigstens drei Jahre fortgesetzt würde. Der „Matin“ erklärt scheinheilig, daß Deutschland eine gewisse moralische Situation erlangt habe, die es rasch verlieren werde, denn die Bildung eines außenparlamentarischen Kabinetts, welches nach rechts gerichtete wäre würde das Mißtrauen erhöhen, das sich gegen Deutschland geltend machte und dadurch würde Deutschland schließlich in seinen wirtschaftlichen Beziehungen zu leiden haben.

Noch keine Lösung der Regierungskrise.

Die für das Reichsministerium des Innern und das Reichswirtschaftsministerium in Aussicht genommenen Parteigänger der Deutschnationalen Volkspartei, Reuhans und Dr. v. Kries, haben dem Reichskanzler Marx eine Absage erteilt. Schon die Auswahl der genannten Persönlichkeiten ist etwas eigenartig. Sie bietet der demokratischen Presse Gelegenheit, darauf hinzuweisen, daß der Ministerialdirektor Reuhans am 1. Januar 1921 von seinem Amte zurückgetreten ist, weil er den Eid auf die Weimarer Verfassung verweigerte, und Dr. v. Kries von seinem Landratsposten durch den preussischen Ministerpräsidenten Braun entbunden wurde wegen angeblich feindlicher Haltung gegen die Republik.

Das sogenannte überparteiliche Reichsministerium wie es der Reichskanzler Marx nach seinen Besprechungen mit den einzelnen Persönlichkeiten der Deutschnationalen und den Führern der Bayerischen Volkspartei und der Wirtschaftspartei bilden wollte, gehört also bereits der Geschichte an. Wie man aus der deutschnationalen Presse erfährt, was für die Deutschnationalen in der Hauptsache für diese Absage bestimmend, daß die Partei für die Politik eines Reichs-

kabinetts verantwortlich gemacht werden könne, an das sie gar nicht gebunden sei, und in dem sie nicht genügend mitbestimmenden Einfluß habe, und daß andererseits ihnen in Preußen nicht das nötige Äquivalent geboten würde. Da diese Wendung voraussehen war, ist es nicht ganz verständlich, was den Reichskanzler Marx zu dem Versuch der überparteilichen Regierung in dieser Form veranlaßt haben kann. In politischen Kreisen vermutet man, daß der Einfluß des Reichsministers des Innern Dr. Gieseemann bei dieser Aktion eine gewisse Rolle gespielt hat, und daß seine Beweggründe auf dem außenpolitischen Interesse, an der schnellen Herstellung einer verfassungsmäßigen Regierung lagen.

Dieser letzte Versuch des Reichskanzlers, ein überparteiliches Kabinett zu bilden, war nicht ernst zu nehmen. In dieser Auffassung wird man bestärkt durch die Kritik, mit der die „Germania“ die Bemühungen des Kanzlers besetzte, und in der sie von einer Drehung im Kreise spricht, die um hätte erspart werden können, wenn nicht vermeintlich: taktische Schlanheit über politische Grundfälle gesteht hätte. Das überparteiliche Ministerium bedeute keine Lösung der Krise, sondern nur eine Vertagung. Das Zentrum, das die offene Rechtskoalition abgelehnt habe, werde seine Hand auch nicht zu einem verschleierte Rechtsblock reichen.

Es wird nun allmählich Zeit, daß man mit den Versuchen aufhört, ein Kabinett der Mitte in irgendeiner Form zu bilden, und den einzig möglichen Weg geht, der zur Bildung eines Mehrheitskabinetts führt, zumal in der auswärtigen Politik in den nächsten Tagen an uns Anforderungen gestellt werden, die nur eine Reichsregierung, die sich auf eine sichere Mehrheit stützt, bewältigen kann.

Neues vom Tage

Beratung über die Aufwertung.

Berlin, 7. Jan. Halbamtlich wird mitgeteilt: Zum kommenden Freitag sind Vertreter der Bankwelt in das Reichsfinanzministerium geladen worden. Diese Besprechung soll ausschließlich der Beratung banktechnischer Fragen dienen, die gegebenenfalls bei einer Aufwertung der in früheren Jahren erworbenen Stücke der Reichsanleihe von Bedeutung werden könnten. Eine Entscheidung in der Aufwertungsfrage ist im Reichsfinanzministerium bislang nicht getroffen worden, auch das Reichskabinett hat bisher keine Entscheidung gefaßt.

Kein Abbruch der Handelsvertragsverhandlungen
Berlin, 7. Jan. Zu der Abreise des Führers der deutschen Handelsvertragsdelegation von Paris nach Berlin betonen die Blätter, daß von einem Abbruch der Handelsvertragsverhandlungen mit Frankreich keine Rede sein könne. Die Reise Trendelenburgs diene lediglich der wechselseitigen Information des Reichskabinetts und der deutschen Delegation. Die Blätter heben allerdings hervor, daß sowohl durch den französischen Entwurf eines Handelsvertragsproporziums, als auch durch die von der französischen Regierung vorgelegte Zollnovelle, die die deutschen Exportwörter nach Frankreich mit prohibitiv wirkenden hohen Zöllen belege, eine ernste Situation geschaffen worden sei.

Die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen
Berlin, 7. Jan. Am Dienstag begannen in Berlin die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen. Es besteht auf beiden Seiten nicht die Absicht, einen Handelsvertrag abzuschließen, sondern lediglich ein Provisorium zu schaffen, das nach den Grundsätzen gegenseitiger Reibegünstigung die Handelsbeziehungen zwischen den beiden Ländern für die nächsten Monate regeln soll.

Demission der liberalen Minister in Italien
Rom, 7. Jan. Die beiden letzten rechtsliberalen Minister im Kabinett Mussolini, Cafati und Sarocci, sind zurückgetreten, weil ihr Parteiführer Salandra nun definitiv zur Opposition übergegangen ist und sie mit der Unterdrückung der oppositionellen Presse nicht einverstanden sind. Der König ernannte den Kammerpräsidenten Rocca zum Justizminister, den Abg. Professor Fedele zum Unterrichtsminister und den Abg. Giuraati zum Minister für öffentliche Arbeiten. Die Minister leisteten sofort dem König den Eid.
Die beiden ersten Tage unter dem verschärften Regime sind ruhig verlaufen.

Die neue „Emden“.

Gestern lief in Wilhelmshaven der erste Neubau der Reichsmarine von Stapel, ein kleiner Kreuzer, den der Chef der Marineleitung, Admiral Zenker, im Auftrage des Reichspräsidenten auf den Namen „Emden“ taufte. Zum drittenmal wird die alte Nordseestad Emden Tauf-

pate eines deutschen Kreuzers. Als Kapitän v. Müller und seine heldenhafte Besatzung in den ersten Kriegsmomenten die „Emden“ durch ihre kühnen Fahrten und Taten in aller Welt berühmt gemacht hatte, und als sie dann am 9. November 1914 bei den Kokosinseln den weiterragenden Geschützen des größeren Kreuzers „Seydlitz“ nach ungleichem Kampfe erlegen war, wurde 1916 ein Ersatzbau auf Stapel gelegt, der den Namen „Emden“ erhielt und im Frühjahr 1918 als modernster kleiner Kreuzer in die Hochseeflotte eingereiht wurde. Nach dem bitteren Ende der deutschen Marine wurde er 1919 bei Scapa Flow versenkt. Jetzt soll zum drittenmal ein deutscher Kreuzer diesen hoffnungsvollen Namen tragen. Die neue „Emden“ ist nach den Zwangsbestimmungen des Versailles gebaut. Während die modernen kleinen Kreuzer fremder Marinen die Wasserdrängung von 10 000 Tonnen überschritten haben, mußte die „Emden“ unter 6000 bleiben. Sie wird eine Artillerie von acht 15-cm-Geschützen in Doppellafetten und Mittelschiffsaufstellung erhalten und eine Geschwindigkeit von 29 Seemeilen erreichen.

Landesversammlung der Deutschen demokratischen Partei

Stuttgart, 7. Jan.

Die historisch gewordene Dreikönigsparade der Deutsch-demokratischen Partei im Festsaal der Redenhalle war gut besucht. Die Referate behandelten das Thema „Deutschlands politische Lage am die Jahreswende“ und berührten außen- und innenpolitische, wirtschaftliche und kulturelle Fragen. Dr. Bruckmann begrüßte die Versammlung und gab unter großem Beifall folgende, von dem Vertretertag beschlossene Resolution bekannt: Der Vertretertag fordert, daß die Reichsregierung das deutsche Recht auf Räumung der Kölner Zone mit offenem und zu Gebote stehenden Mitteln verfolgt und den Anspruch Deutschlands auf sein Recht mit aller Energie vertritt. Er legt sodann ein Beschlusses der Partei zur Rebuslik ab, welche die vornehmste und größte Form des Staates überhaupt ist. Sodann sprach Göttsch über demokr. Bestandschätzung insbesondere über das soziale, völkerverbindende nationale und liberale Moment in der demokratischen Partei.

Sturmer Horek, M. d. R., behandelte innenpolitische Fragen und sprach von der Not der Deutschen in den abgetrennten und besetzten Gebieten. Er verurteilte die Weiterbesetzung der Kölner Zone. Mit falschen Anschuldigungen werde uns das überlieferete Recht, das Köln frei werden sollte, vorenthalten. Die Feinde müßten den Beweis der Beschuldigung, daß wir uns militärisch vergangen hätten, erbringen. Sollte dies je gelingen, was er aber nicht glaube, so sei es Aufgabe des Reichstages und besonders des Rheinlandes mit den Schutzbündnern abzurechnen. Wir müßten dann die Bestrafen, die unsere Not verlängern. Er stellte sodann die Frage an die Deutschnationalen, was sie gegen die Wiederherstellung von Köln durch das konservative Kabinett Radwin, das sie doch so sehr begrüßt hätten. Jetzt 6 Jahre nach Besetzung der Republik müßte diese Allgemeinut aller nationalen Kreise sein. Man habe nicht das Recht zu sagen, wer nicht Republikaner ist, ist nicht national. Man müßten wir, daß die Größe und der Glanz der alten Zeit nicht wegen, sondern trotz der Monarchie erfolgte. Landesverräter seien die, die durch Unfähigkeit das deutsche Volk in dieses namenlose Elend geführt haben. Der Kampf gegen die Republik entbringe nicht sittlichen, sondern egoistischen Gründen, aus der Weisheit und Gier, die alten Vorrechte wieder zu erlangen. (Lebhafter Beifall.)

Zum Schluß sprach Dr. Heuß, M. d. R. Deutschland hat die Demokratie schaffen müssen. Diese große Aufgabe ist nun gelöst; jetzt gilt es, ihr Tradition, Technik zu geben. Das ist sehr schwer. Wir alle stehen unter dem Eindruck, wie die Maschine schat. Die Vergangenheit steht als Hindernis davor und man redet von der „Krise des parlamentarischen Systems“. Und doch war es schon eine ungeheure Leistung, daß die Parteien, auf die die Last gefallen war, diesen Staat überhaupt erhalten konnten. Wir sind Vernende und in einem verarmten und geschlagenen Staat ist es noch viel schwerer, das Führerproblem zu lösen. Er wird in der nächsten Zeit die große Frage sein, welchem Mann wir die Reichspräsidentenschaft übertragen, die Macht der Entscheidung, wenn Not an den Mann kommt. Der Magdeburger Prozeß hat uns nicht nur innerlich gequält durch die Unanständigkeit des Kampfes gegen den Reichspräsidenten, sondern mit Schrecken erfüllt darüber, wie in Deutschland das Führerproblem gelöst werden kann, wenn der Verurteilte damit rechnen muß, daß vorher alle Schamklügel über ihn ergossen werden. Wir müssen eine Politik mit Kleinbauern, Mittelstand, Beamten treiben; denn in diesen Schichten liegt der wahre Kern der Sicherung der Verfassung. Die Mittelschichten mit eigener Verantwortung sind nicht der Gefahr ausgesetzt, der Diktatur zum Raub zu werden. Aber schon hat auch die Wurzeln der Entwertung, nach der sie selbst streben, ringselb, die große Verbürgerlichung des Proletariats. Das Wort „Bürger“, heutzutage durch den Besitz des Bourgeois, des Spießbürgers, des Staatsbürgers mit der Verfassung in der Tasche entwertet, muß wieder zu Ehren kommen mit dem Inhalt, daß die Männer und Frauen als Mensch den Staat tragen und sich für seine Größe und Reinheit verantwortlich fühlen.

Deutscher Reichstag

Löbe (Soz.) zum Reichstagspräsidenten gewählt

Berlin, 7. Jan.

Auf der Tagesordnung der hier beschlossenen Sitzung steht die Wahl des Reichstagspräsidenten, der Reichstagspräsidenten und der Schriftführer. Der Regierungsvorschlag ist gut besucht. Dem sozialdemokratischen Abg. Bernheim ist anlässlich seines 75. Geburtstages ein Rosenkranz auf den Tisch gelegt worden. Reichstagskanzler Marx und viele Abgeordnete begrüßten diesen Rosenkranz.

Der Alterspräsident Loeb eröffnet gegen halb 3 Uhr die Sitzung. Unter dem Beifall des Hauses begrüßt er den Abg. Bernheim und den demokratischen Abg. Kopsch, der heute seinen 70. Geburtstag feiert. Es wird sodann sofort die Wahl des Reichstagspräsidenten durch Stimmzettel vorgenommen. Der Namensaufruf vollzieht sich ohne Zwischenfall. Als Resultat der Wahl wird verkündet: Von den 47 abgegebenen Stimmen haben erhalten: Abg. Löbe (Soz.) 24 Stimmen (Beifall), Abg. Wallraf 112 Stimmen und Abg. v. Kardorff (D.B.) 31 Stimmen. Die übrigen Stimmen sind gesplittert. Das Ergebnis der Wahl, bei der Abg. Löbe schon im ersten Wahlgang zum Reichstagspräsidenten gewählt ist, wird von vielen Abgeordneten mit Handklatschen begrüßt.

Reichstagspräsident Löbe übernimmt sein Amt mit einer Ansprache, in der er zunächst für das ihm durch die Wahl bewiesene Vertrauen dankt. Im Gegenstück zu früher sei jetzt auch das Amt des Reichstagspräsidenten zu einem Kampfsujet der Parteien geworden. Der Präsident ist aber, so fährt der Redner fort, in dem Augenblick, wo er sein Amt ausübt, zu voller Unparteilichkeit gegenüber allen Parteien verpflichtet. Diese Unparteilichkeit gelobe ich hiemit. (Beifall!) Der Präsident hat die Pflicht, die Minderheiten zu schützen. (Zurufe der Kommunisten: Mit Hilfe der Mehrheit!) Der Schutz der Minderheiten ist aber nur möglich, wenn die volle Arbeitsfähigkeit des Reichstages und seine Würde gewahrt werden. (Beifall!) Ich werde bemüht sein, diese Arbeitsfähigkeit und Würde zu wahren und erbitte dazu Ihre Hilfe. (Zurufe der Kommunisten: Und die Hilfe der Bolschewiki!)

Reichstagspräsident Löbe fortfahrend: Der Reichstag steht vor großen politischen Aufgaben. Er hat sich zu bemühen um die Aufhebung der ungerechtfertigten Besetzung deutschen Landes, gegen die wir schon hier scharfen Protest einlegen. (Lebhafter Beifall!) Wir werden wichtige wirtschaftliche Verhandlungen mit großen und kleinen Nachbarn zu führen haben. Wir werden den Reichshauptplan gründlich prüfen müssen. Dabei haben wir vor allem dafür zu sorgen, daß die Kriegsoffer, die Witwen und Waisen und die in der Inflationszeit enteigneten Kleinrentner vor dem Verhungern geschützt werden. (Rufe bei den Kommunisten: Von den politischen Gefangenen sagt es nichts!) Ich könnte auch über die politischen Gefangenen und ihr Schicksal mit mehr Überflut sprechen, wenn Ihr (zu den Kommunisten) Auftreten das nicht verhinderte. (Beifall bei der Mehrheit.) Der Präsident widmet sodann den verstorbenen Mitgliedern des Reichstages Worte des Gedenkens. Er dankt schließlich unter dem Beifall des Hauses dem Alterspräsidenten Loeb und dem früheren Präsidenten Wallraf für ihre Tätigkeit.

Bei der darauf folgenden Wahl des ersten Vizepräsidenten wird von den Deutschnationalen der Abg. Graf-Thälmann vorgeschlagen. Gegen seine Wahl durch Zuruf wird Widerspruch erhoben. Die Wahl durch Stimmzettel ergibt von 444 abgegebenen Stimmen 247 für Graf, der hiermit gewählt ist. Außerdem erhielten Abg. Dr. Pöhl (Zentr.) 116, Abg. Thälmann (Komm.) 28 Stimmen, 48 Stimmen waren unglücklich, 44 Stimmzettel weiß.

Als zweiter Vizepräsident wird Abg. Dr. Well (Zentr.), als dritter Abg. Dr. Kießer (D.B.) durch Zuruf gewählt. Bei der Abstimmung durch Erheben von den Händen bleiben die Kommunisten und die Rationalsozialisten sitzen.

Dann wird durch Stimmzettel in einem Wahlgang die Wahl der 12 Schriftführer vorgenommen. Das Resultat der Wahl sei in der nächsten Sitzung bekannt gegeben werden.

Auf der Tagesordnung steht noch der kommunistische Antrag auf Freilassung der inhaftierten fünf kommunistischen Abgeordneten.

Nach längerer Aussprache wurde der Antrag dem Geschäftsordnungsausschuß überwiesen. Präsident Löbe schlug darauf vor, die nächste Sitzung morgen Donnerstag nachmittag 3 Uhr abzuhalten.

Aus Stadt und Land.

Altensteig, 8. Januar 1925.

Verseht wurde Eisenbahnsekretär Freitag in Stuttgart-Hbf. (Güterstelle) nach Altensteig.

Tierkennungsband in Württemberg. Nach einer Zusammenfassung des Statistischen Landesamts waren am 31. Dez. 1924 die Maul- und Klauenerkrankung in 19 Oberämtern 27 Gemeinden 71 Gehöften, die Tollwut in 2 Oberämtern 3 Gemeinden 3 Gehöften, die Schafräude in 6 Oberämtern 8 Gemeinden 8 Gehöften.

LC. Gebärdensprachschüler 1925. Durch Verfügung des Ministeriums des Innern vom 20. Dez. 1924 ist die Anlage in der 3. Klasse auf 6 Reichspfennig von 10 Reichspfennig herabgesetzt. (gegenüber 7,5 Pfennig im Jahr 1924). In einer weiteren Verfügung vom 24. Dez. 1924 wird bestimmt, daß die Versicherungsbeiträge und die Versicherungsprämien ab 1. Januar 1925 auf Reichsmark und Reichspfennig umgestellt werden. Für Brandfälle, die nach dem 31. Dez. 1924 eintreten, beträgt die gesetzliche Entschädigung bis auf weiteres 120 v. H. des nach dem Gesetz vom 27. April 1921 beschützten Betrags. Deshalb sind auch die bisherigen Feuerungsversicherungen neu zu regeln. Vorläufig ist bestimmt, daß Feuerungsversicherungen unter 20 Prozent gestrichen, solche von 20—40 Prozent auf 20 Prozent herabgesetzt und solche über 40 Prozent um 20 Prozent gekürzt werden. Im Nebenab ist die Neuregelung dem Geschäftsjahr 1925 zu überlassen.

75-jähriges Jubiläum des Bürgerlichen Gesetzbuchs. Am 1. Januar feierte das Bürgerliche Gesetzbuch sein 25-jähriges Jubiläum. Es ist eines der größten gesetzgeberischen Werke Europas und diente zur juristischen Einigung des Deutschen Reiches. Seine Entstehung geht weit zurück. Die erste Anregung wurde schon 1867 nach Gründung des Norddeutschen Bundes gegeben. War erst 1874 wurde die erste Kommission eingesetzt, die dann, elf Mann stark, unter dem

Vorsitz Dr. Vapes mit der Ausarbeitung beauftragt war. Der erste Entwurf kam 1888 heraus. Zwei Jahre später wurde eine neue Kommission ernannt, in der Wirtschaft und Industrie besonders vertreten waren. Sie änderte den Entwurf noch einmal ab, bis er dann in der jetzigen Form 1896 an den Reichstag kam. In raschen Verhandlungen konnte schon am 14. Juli 1896 das Gesetz vom Bundesrat genehmigt werden. Am 1. Januar 1900 trat es dann in Kraft. Das deutsche Volk hat allen Anlaß, dieses Jubiläum in Dankbarkeit zu gedenken, denn es hat in dem buntschaffigen Recht der einzelnen deutschen Landesteile Ordnung und Einheit geschaffen.

Freudenstadt, 7. Jan. (Einweihung.) Der akademische Schneeschuhverband Tübingen hat sich auf den Höhen des Kniebis eine Hütte errichtet, die den Namen Otto-Hahn-Haus erhalten hat. Der vor einigen Monaten verunglückte Dr. Otto Hahn (Klosterreichenbach) war der Gründer des Vereins; zu seiner Ehrung wurde das Haus nach ihm benannt.

Calw, 7. Jan. (Bachfest Calw 1925.) Am 2. und 3. Mai d. J. wird der Kirchengesangsverein Calw ein Musikfest zum Gedächtnis an Joh. Seb. Bach mit drei Konzerten veranstalten. Wenn es manchem als gewagtes Unternehmen erschien, in unseren kleinen Verhältnissen ein derartiges Fest mit drei Konzerten zu feiern, so können wir dagegen mit Freuden berichten, daß die Vorbereitungen schon recht weit gediehen sind, und daß die freudige Zustimmung von den verschiedensten Seiten zu diesem Unternehmen erhoffen läßt, daß das Bachfest von der Allgemeinheit der Einwohnerschaft getragen sein wird. Nach unserer Kenntnis ist es das erste Mal, daß sich ein Landstädtchen von der Größe Calws an eine solche Aufgabe heranwagt; denn der Schwierigkeiten sind gar viele. Aber wir haben hier manche Voraussetzungen, die anderweit fehlen, einen jahrzehntelang zusammengewachsenen und auf Bach'sche Kunst eingestellten Chor; ferner durch die Freundlichkeit unserer Pforzheimer Musikfreunde den Stamm eines guten Orchesters. Dabei haben dem Kirchengesangsverein eine Reihe von Musikfreunden aus Stadt und Land ihre Unterstützung zugesagt, insbesondere wieder fast die ganze Lehrerschaft des Bezirks, was ganz besonderen Dank verdient. In Gesangs- und Instrumentalistik werden wir erste Kräfte beiziehen und haben schon zahlreiche vorbereitungsreiche Taten angeknüpft, daß eine Kantate „Singet dem Herrn ein neues Lied“ durch den Winterthurer Musikdirektor Walter Reinhardt, einen international bekannten Musiker, dirigiert wird. Er hat diese Kantate ergänzt und bearbeitet; er stellt uns seine gesamte Bearbeitung zur Verfügung und wird das neue Werk selber leiten. Geplant ist zunächst am Samstag abend (2. Mai) ein Kammermusikabend im „Badi'schen Hof“ (am Flügel Walter Reiberg-Mannheim) mit dem Pforzheimer Orchester; am Sonntag vormittag Gottesdienst mit Einfügung einer Kantate; 11 Uhr: Orgelkonzert (Dr. Hermann Keller, Stuttgart), nachmittags Kantaten-Festkonzert.

Calw, 7. Jan. Die Weihnachtsfeiern der größeren Vereine sind nun vorüber. Die Veranstaltungen nahmen von Jahr zu Jahr immer größere Ausgestaltung an. Ohne Theaterstück und große humoristische Aufführungen gibt es keine Feiern mehr. Die Vereine suchen sich in jeder Beziehung zu überbieten, um den Ruhm der glanzvollsten Feiern zu erlangen. Während früher die Vereine mit eigenen Kräften die Feiern ausrichteten, ist es neuerdings Sitte geworden, auswärtige Künstler und Künstlerinnen oder sonstige leistungsfähige Kräfte herbeizuziehen, um etwas Besonderes aufweisen zu können. Der Besuch aller dieser Vereinsfeiern ist außerordentlich groß und man muß sich oft darüber wundern, wie manche Leute bei den ungunstigen wirtschaftlichen Verhältnissen solche erhebliche Aufwendungen, wie für Kleider u. dergl., machen können. In anderer Beziehung wird allerdings geklagt, denn die Wirte klagen trotz des starken Besuches über geringe Einnahmen, da gegen früher bei solchen Veranstaltungen das übliche Abendessen oft für eine ganze Familie vollständig aufgehört hat. In dieser Hinsicht macht sich der Geldmangel sehr fühlbar.

Neuenbürg, 6. Jan. In Döbel haben am Silvesterabend einige unerschrockene junge Leute auf der Kreuzstraße mitten im Ort einen Froschkuchen oder etwas ähnliches aufgestellt. Da kam ein junger Mann namens Treiber des Wegs, ohne etwas Böses zu ahnen. Wohllich gingen die Frosche los und Treiber wurde schwer verletzt. Der Schlag war so fürchtbar, daß die Fenster eines Nachbarhauses in Trümmer gingen und nicht unerheblicher Schaden angerichtet wurde. Die Täter kennt man noch nicht. Hoffentlich gelingt es, sie zu ermitteln, damit sie die verdiente Strafe erhalten.

Oberndorf a. N., 6. Jan. Bei Schachtarbeiten in der Ledertohlen- und Hartemittelfabrik an der Straße nach Altberndorf hat der etwa 40 Jahre alte Arbeiter Franz Köhr infolge Gasentwässerung den Tod gefunden. Da er die Arbeiten allein vornahm, konnte ihm keine Hilfe gebracht werden. Durch den schweren Unglücksfall hat eine Familie mit zehn kleinen Kindern den Ernährer verloren.

Stuttgart, 7. Jan. (vom Landtag.) Das Staatsministerium hat dieser Tage den 5. Nachtrag zum Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Staatshaushaltsplanes für 1924 samt Haushaltsplanentwurf festgestellt, der dem Landtag demnächst zugehen wird.

Schrumm. Dem in Stuttgart wohnenden emeritierten Professor der Technischen Hochschule Karlsruhe Geh. Rat Georg Schrumm, wurde im Auftrag die Hochschule die Urkunde als Ehrenbürger überreicht.

Som Spürt. Dem S. f. B. Stuttgart war es gelungen, für das einzige Spiel am Erziehungsspiel den 15fachen ungarischen Meister und Amalgam Spieler im ungarischen Spiel, den berühmten W. T. K. Kubala zu gewinnen. Trotz des schlechten regnerischen Wetters hatten sich etwa 4—5000 Zuschauer eingefunden. Das Spiel endete unentschieden 1:1.

Württemberg, 7. Jan. (Ein weißer Todesopfer.) Der Schulmann Wilhelm Domschmann, der bei der Einnahme des Deutsch-Amerikaner Weichheim von einem ungarischen Soldaten erschossen wurde, ist den Eltern übergeben.



Die kirchlichen Wahlen.

Stuttgart, 7. Jan. Die auf 15. Februar aus-

Worzhelm, 7. Jan. Ein erschütternder Un-

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Der sozialdemokratische Fraktionsvorstand.

Kommunistenverhaftung in England.

Prozej Saboul. Vor dem Kriegsgericht in Orleans wird am 12. Januar die Verhandlung gegen den vor einigen Wochen in Paris festgenommenen ehemaligen französischen Hauptmann Saboul, der wegen Fahnenflucht in Abwesenheit zum Tode verurteilt worden war, beginnen.

Die Reparationskommission hielt eine Sitzung ab, in deren Verlauf sie verschiedene auf Reparationskonto vorzunehmende Bestellungen bewilligte, insbesondere eine Bestellung Frankreichs auf 2000 Tonnen Stidstoff, die im Januar von Deutschland geliefert werden sollen.

Ein Aufseher. Der zum 1. Januar entlassene russische Kassierer Schöpf des Konsumvereins in Hof drang in die Verkaufsstelle des Vereinstreffens ein und richtete dort auf sämtliche Angehörige Schüsse.

Der schlesische Wasserwucher. Wie die „Prestauer Neuzeit“ berichtet, aus Ranskerberg zu der Deutschen Wodassäre berichtet, wurde in dem Holzschuppen in dem Deutschen Hause wieder ein großer Haufen Knochen gefunden.

Brandstiftung aus Rache. In der Nacht zum Sonntag wurde in dem größten Bergbauernhofe von Plauen, dem Prater, ein dort auf der Bühne aufgedrohenes Feuer durch rasches Hinzutreten und entschlossenes Anstürmen der Bergbauernwehr gelöscht.

Handel und Verkehr

Amliche Berliner Devisenkurse vom Mittwoch, den 7. Januar

Table with 5 columns: Währung, 6. Geld, 6. Brief, 7. Geld, 7. Brief. Rows include London 100 Kronen, Buenos Aires 1 Peso, etc.

Vorkundgebung der Stuttgarter Landesproduktionsräte. Der Gesamtvorstand der Stuttgarter Landesproduktionsräte trat am Montag, 6. Januar, zu einer Sitzung zusammen, um deren Ergebnis folgendes zu berichten:

Berliner Börse, 7. Jan. Unbeschadet der noch ungeläuterten innen- und außenpolitischen Lage trat an der Börse, veranlaßt durch größere heimische Käufe und den stilligen Geldmarkt bei zeitweise lebhaftem Geschäft eine bemerkenswerte Aufwärtsbewegung der Kurse ein.

Frankfurter Börse, 7. Jan. Die Börse hat wieder ein Bild großer Unruhe und unheimlicher Gaitung, Maßgebend für die unruhige Haltung war in der Courtable die wenig betrieblende innerpolitische Lage.

Stuttgarter Börse, 7. Jan. Die Börse gehalten sich bei ruhigem Geschäft unheimlich. Die bisherigen Notierungen lauteten: Rentenbank 12,5-13,5, Bod. Anl. 11,1-12,1, Danl. 11,1-12,1, etc.

Wies- und Schweinepreise. In Kirchheim u. A. lieferten Barren 250-300, etc.

Ueber die jüdische Holzwirtschaft 1924

wird dem „Merkur“ aus Fischreifen geschrieben: Das abgelaufene Jahr 1924 ist das Jahr der Berührung, nicht nur der Holzwirtschaft, nicht nur aller Teile der deutschen Wirtschaft, sondern des gesamten Volkes.

Die Holzpreise sind ein mit härtesten Mahnungen und Warnungen, mit Bekanntgabe von Kalkulationen, monatlich jeder Rundholzpreis über 80 Prozent unbedingt zu Verlusten führen mußte.

Die gleiche scharfe Kritik muß unsere Frachtenpolitik treffen. Doch eine Industrie, die in allen ihren Teilen aus ausgebeuteten Bahntransport angewiesen ist, unter der Last der Frachten schwer leiden muß, daß die Stabilisierungsperiode ihr fast die doppelte Friedensfracht brachte, ist erklärlich.

Ein schwieriger Punkt ist auch noch die Lohnsetzung. Die Löhne, die an sich gewiß nicht zu hoch sind, haben durchweg erheblich über Friedensparität, trotz der Tatsache, daß die Schnittwarenpreise zeitweilig unter den Friedensstand sanken.

Konturie.

Ueber das Vermögen des August Schurr, Kistenfabrik in Göttingen, zugleich die Firma August Schurr dafelbst, wurde am 3. Januar 1925, vormittags 10 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet.

Dezlie Nachrichten.

Zu den wirtschaftlichen Verhandlungen mit Frankreich.

Dresden, 8. Jan. Der Außenhandelsauschuss der Dresdener Handelskammer fordert die Reichsregierung auf, bei den Wirtschaftsverhandlungen mit Frankreich sich keinem französischen Diktat zu beugen und keinem Provisorium zuzustimmen.

Die Zentrumsfraktion des preussischen Landtags.

Berlin, 8. Jan. Die Zentrumsfraktion des preussischen Landtags entschied sich in ihrer Fraktionsitzung nach längerer Aussprache mit überwiegender Mehrheit dahin, daß die staatsrechtliche Auslegung des Art. 45 der preussischen Verfassung durch die Deutsche Volkspartei, wonach das Kabinett infolge der Neuwahl des Landtages zurücktreten müsse, nicht haltbar sei.

Eröffnung der Finanzkonferenz der Alliierten.

Paris, 8. Jan. Gestern nachmittags um 3 Uhr ist durch den französischen Finanzminister Clementel die Konferenz der alliierten Finanzminister eröffnet worden, die den Zweck hat, die Zahlungen Deutschlands unter den Siegerstaaten zu verteilen.

Amerika und der Weltgerichtshof.

Washington, 8. Jan. Der Vorschlag Coolidges für einen Beitritt Amerikas zum Weltgerichtshof soll am 14. Januar durch den Senatsauschuss für auswärtige Angelegenheiten erörtert werden.

Die Fälle Kuttiser und Barmat.

Berlin, 7. Jan. Die Deutschnationale Reichstagsfraktion hat im Reichstag einen Antrag eingebracht, in dem es heißt: Der Reichstag wolle beschließen: Gemäß Artikel 34 der Reichsverfassung wird ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss eingesetzt, der zu prüfen hat, ob und inwiefern in den Fällen Kuttiser, Gebärer Barmat und Jakob Michael durch Kreditgewährung aus öffentlichen Mitteln oder sonstigen Vorkehrungen das Reichsinteresse geschädigt wurde.

Ueberschwemmungen an der deutsch-holländischen Grenze. In Amsterdam, 8. Jan. Nach Meldungen aus Oldenzaal ist eine große Reihe von Ortschaften im östlichen Teile der Provinz Overijssel (nahe der deutschen Grenze) durch das Hochwasser, das zum Teil auf deutschem, zum Teil auf holländischem Boden steht, beiderseits des kleinen Flusses Dinkel stark bedroht.

Die Polen und Danzig. In Danzig, 8. Jan. Angesichts der Errichtung eines polnischen Postdienstes in Danzig riefte der Senat vorgetrieben an den hiesigen diplomatischen Vertreter der Republik Polen ein Schreiben, worin er feierlich Verwahrung dagegen erlegt, daß die polnische Regierung jetzt durch eigenmächtige Maßnahmen sich über die Grenzen hinwegsetzt, welche ihr durch die geschlossenen Verträge und die rechtskräftige Entscheidung des Völkerbundes gesetzt sind.

Die Polen und Danzig. In Danzig, 8. Jan. Angesichts der Errichtung eines polnischen Postdienstes in Danzig riefte der Senat vorgetrieben an den hiesigen diplomatischen Vertreter der Republik Polen ein Schreiben, worin er feierlich Verwahrung dagegen erlegt, daß die polnische Regierung jetzt durch eigenmächtige Maßnahmen sich über die Grenzen hinwegsetzt, welche ihr durch die geschlossenen Verträge und die rechtskräftige Entscheidung des Völkerbundes gesetzt sind.

Da die in Polen widerrechtlich angebrachten Briefstempel beiseite wurden, hat Polen an den Danziger Senat eine Beschwerde gerichtet.

Für die Redaktion verantwortlich: Ludwig Bont. Druck und Verlag der W. Ricker'schen Buchdruckerei, Altensteig.

Ämliche Bekanntmachungen

Oberamt Nagold.

Ausbruch der Maul- und Klauenseuche.

Die Maul- und Klauenseuche ist ausgebrochen im Gehöfte des Michael Reinhardt, Bauer in Fünfbronn. Auf Grund des Viehseuchengesetzes und der §§ 182-192 der Min.-Verfügung hierzu vom 11. Juli 1912 (Reg.-Bl. S. 317 ff.) ergeben folgende Anordnungen:

- Sperrbezirk:** die Gemeinde Fünfbronn mit Mattung.
- Beobachtungsgebiet:** Simmersfeld.
- In den Umkreis von 15 Kilometern um den Seuchenort** werden einbezogen sämtliche Gemeinden des Oberamtsbezirks mit Ausnahme von Emmingen, Giltlingen, Nelshausen, Nagold, Schieringen, Sulz, Ober- und Untertalheim und Wildberg, und folgende Gemeinden der Nachbaroberämter:
 - im Oberamt Calw: Hornberg, Zwerenberg, Althalden, Bergorte, Martinsmoos, Neuweiler, Oberhaugstett, Neubulach, Liebelsberg, Breitenberg, Emberg, Schmied, Würzbach, Agenbach, Oberkollwangen;
 - im Oberamt Neuenbürg: Enzklösterle, Wildbad;
 - im Oberamt Freudenstadt: Schwarzenberg, Besenfeld, Huzenbach, Göttingen, Hochdorf, Grämbach, Wörnersberg, Pfalzgrafenweiler, Cresbach, Herzogsweiler, Hirschweiler, Durrweiler, Edelweiler, Erzgrube, Igelsberg, Klosterreichenbach, Ober- und Untermusbach, Grüntal, Hallwangen, Satersbronn, Heselbach und Röh;
 - im Oberamt Horb: Löhnhardt und Solzjetten;
 - im Bezirksamt Rastatt: Langenbrand, Bernersbach, Gausbach, Zorbach, Reichental.

Für den Sperrbezirk, das Beobachtungsgebiet und den 15-Kilometer-Umkreis gelten die im „Gesellschafter“ und „Tannenblatt“ Nr. 255 vom 29. Oktober 1924 veröffentlichten Vorschriften.

Nagold, den 7. Januar 1925.

Oberamt:

J. A.

Dr. Kerst, stv. Amtmann.

Ausbruch der Maul- und Klauenseuche. In Huzenbach (Oberamt Freudenstadt) ist die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen.

In den 15-Kilometer-Umkreis um den Seuchenort fallen vom Oberamtsbezirk Nagold die Gemeinden: Enzthal, Fünfbronn, Simmersfeld, Ettmannsweiler, Beuren, Abergberg und Garsweiler.

Für den 15-Kilometer-Umkreis gelten die im „Gesellschafter“ und „Tannenblatt“ Nr. 255 vom 29. Oktober 1924 veröffentlichten Vorschriften.

Nagold, den 7. Januar 1925.

Oberamt:

J. A.

Dr. Kerst, stv. Amtmann.

Beuren.



Stammholz-Verkauf.

Am Montag, den 12. Januar, vormittags 10 Uhr, verkauft die Gemeinde auf dem Rathaus aus Abt. 6 Seewies:

ca. 105 Fm. Forchen u. Tannen sowie 26 Rm. Papierholz

im öffentlichen Aufstreich.

Beuren, den 7. Januar 1925.

Gemeinderat.

Hochdorf O. A. Freudenstadt.

Stammholz-, Stangen- und Papierholz-Verkauf.

Am nächsten Dienstag, den 13. Januar, vormittags 10 Uhr kommen auf dem Rathaus aus Gemeinewaldungen, Abt. III und großer Wald

- Stammholz 159 Festm. 1.-6. Klasse
- Stangen, Abt. Lanbach. Baustangen: 145 Ia, 108 Ib und 44 Stück II. Klasse. Hagst.: 43 L, 199 II. und 83 Stück III. Klasse. Hopfenst.: 193 L, 85 II, 24 IV. und 35 Stück V. Kl. III. Papierh.: Abt. großer Wald u. Lanbach 10 Rm.

im öffentlichen Aufstreich zum Verkauf.

Gemeinderat.

Lehrlingsgesuch.

Ein intelligenter Junge, welcher Lust hat, den **Buchdruckerberuf**

zu erlernen, findet nach der Schulentlassung Lehrstelle. Für gründliche Ausbildung wird garantiert. Zuschriften an

Buchdruckerei J. H. u. B., St. Georgen (Schwarzw.)

Bekanntmachung betr. Steuerabzug vom Arbeitslohn, Einlieferung von Steuerkarten und Einlagebogen für 1924

(§ 55 E. u. D. S.).

1. Die Steuerkarten und Einlagebogen, die im Kalenderjahr 1924 zum Einleiben und Entwerten von Steuermarken verwendet wurden, sind im Januar 1925 an das zuständige Finanzamt einzuliefern.

Zuständig ist das Finanzamt, das auf der neuen Steuerkarte für 1925 vermerkt ist. Bei der Einlieferung ist die Nummer der Steuerkarte für 1925 und die Behörde, die diese Steuerkarte ausgestellt hat, anzugeben.

2. Verpflichtet zur Einlieferung ist der Arbeitnehmer; an dessen Stelle kann der Arbeitgeber die Einlieferung übernehmen.

3. Die Arbeitgeber sind verpflichtet, die Anforderung zur Einlieferung der Steuerkarten und Einlagebogen in den Arbeits- und Geschäftsräumen durch Anschlag öffentlich bekannt zu machen. Diese Verpflichtung besteht auch für die Arbeitgeber, die den Steuerabzug vom Arbeitslohn im Ueberweisungsverfahren durchführen.

4. Die Verschümmnis der Einlieferungspflicht ist mit den in § 377 A. O. vorgegebenen Strafen bedroht; außerdem kann die Einlieferung durch die in § 202 A. O. vorgegebene Strafe erzwungen werden.

Altensteig, den 7. Januar 1925.

Finanzamt.

Heselbronn.

Todes-Anzeige.



Verwandten und Bekannten machen wir die traurige Mitteilung, daß unsere liebe Groß- und Urgroßmutter

Maria Stöhr

im Alter von 93 Jahren nach kurzer Krankheit sanft entschlafen ist.

Um stille Teilnahme bittet

Familie Jakob Theurer.

Beerdigung am Freitag Mittag 1 Uhr.

Altensteig, 8. Januar 1925.

Todes-Anzeige.



Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, unsern lieben unvergesslichen Bruder, Onkel und Schwager

Friedrich Stiehl

Schlossermeister

nach kurzem aber schwerem Leiden, im Alter von 66 Jahren zu sich in die ewige Heimat zu nehmen.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen die Schwester: Marie Stiehl.

Beerdigung Freitag Mittag 2 Uhr im Waldfriedhof.

Heselbronn.

Dankagung.



Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme, die wir bei dem Hinscheiden unserer lieben Mutter, Groß- und Schwiegermutter

Anna Maria Federmann

in so reichem Maße erfahren durften, für die trostreichen Worte des Herrn Pfarrverwesers, für den erhebenden Gesang des Singchors, sowie für die zahlreiche Begleitung zu ihrer letzten Ruhestätte sagen herzlichsten Dank

die trauernden Hinterbliebenen.

Forstamt Pfalzgrafenweiler.

Reis-Verkauf.

Am Montag, den 12. Januar 1925, vormittags 10 Uhr in Pfalzgrafenweiler im „Schwanen“ aus Staatswald Nord. Schimpferbrunn, Unt. Madbronn, Ob. und Unt. Bengelbrud, Ob. Fuchloch, Ob. und Unt. Madgrund, Kälberbrunn, wies, Salzede, Ob. Grenzsträhe, Ob. Bildstöckle, Musbacherweg, Hüttle, Teufelsweg, Pflanzschule, Unt. Lachenrain, Unt. Lachenteich, Hint. und Mittl. Brunnenberg, Hefenrain, Findelbude, Nord. Bergwies, Sauweg und Seidenbrunn: 26 Lose Reis, geschätzt zu 200 Buchen und 12 590 Nadelholzwellen.

Oberweiler.

Ein paar stärkere

Milchschweine



gibt, auch einzeln, ab

Koller.



für u. wachst
früher
Tannenböden
NEWA Ditzingen

Oberweiler.

Eine junge



Ruh

8 Liter Milch gebend, hat zu verkaufen

Adam Großhans (P. S.)

Abreiß-Kalender empfiehlt die W. Kieker'sche Buchhdlg.

Gestorbene.

Nagold: Frida Benz, 36 1/2 J.

Nachdem das Verbot zur Herstellung von Starkbier aufgehoben ist, bringt die

Brauerei Rob. Leicht in Vaihingen a. F.

ein besonders hochprozentig eingesottenes Bier unter dem Namen

Kraftschwabenbräu

ab 8. Jan. zum Ausstoß. Aus den feinsten Rohprodukten hergestellt und lange gelagert, verbürgt diese Specialmarke außerordentliche Wohlkömmlichkeit und wird mehr wie jedes auswärtige Starkbier, auch den anspruchvollsten Gaumen befriedigen.

Der Versand erfolgt in Faß und Flaschen durch die Niederlagen:

E. Armbruster z. Schwanen Altensteig
Max Hornberger z. Burg Freudenstadt
Wilh. Rothfuss Bierdepot, Wildberg.

Hornberg.

Der hiesige

Sängerchor

hält am nächsten Sonntag, den 11. Januar, abends 7 Uhr seine

Weihnachtsfeier

ab. Neben gefanglichen Darbietungen gelangen einige Theater- und komische Stücke zur Aufführung.

Freunde und Gönner der Sache werden freundlichst eingeladen

vom Sängerkhor Hornberg.

Wollene Strümpfe

in schwarz und braun für Kinder und Erwachsene

baumwollene Mako- und Seidenflorstrümpfe in schwarz und farbig

Herrensocken, Sportstrümpfe.

Paul Röchle, am Markt, Calw.

